

Danziger Zeitung.

Nr. 10153.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M.; durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petzzeile oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsanträge an alle anständigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. Jan. Das Abgeordnetenhaus lehnte in erster Lesung des Gesetzes die Verweisung desselben an die Budget-Commission ab und beschloß eine gruppenweise Vorberatung einzelner Theile des Gesetzes. Im Verlaufe der Debatte bemerkte der Finanzminister, er könne nicht glauben, daß die Lage der Industrie in der Zukunft ungünstiger sein werde, als es im Vorjahr der Fall gewesen. Der niedrige Discontsatz bei den europäischen Hauptbanken beweise, daß unbeschäftigtes Capital vorhanden sei, es werde lediglich die Unternehmungslust durch die Bewegungen, welche die Lage der Dinge im Orient hervorgerufen habe, niedergehalten. Mit Beseitigung dieser Bewegungen werde auch die Unternehmungslust wiederkehren und dann hoffentlich nicht wieder zu Schwund führen, sondern zur Entwicklung einer soliden Industrie führen.

Berlin, 19. Jan. Der "Reichsanzeiger" kommt in einem Schreiben aus Paris auf die Verdächtigungen zurück, welche die französische Presse über die deutsche und orientalische Politik und die Haltung Werther's auf der Konferenz verbreitet und constatirt, daß dieselben hervorgerufen wurden durch einen Pariser Brief der "Agence Havas" und durch Depeschen englischer Zeitungen. Das amtliche Blatt betont, daß diese Notiz des "Reichsanzeigers" über die Haltung Werther's solchen periodisch auftauchenden Verdächtigungen ein Ende machen dürfte.

Deutschland.

Berlin, 18. Januar. Die Fach-Commissionen im Abgeordnetenhaus werden morgen Vormittag gewählt und constituiert werden, im Wesentlichen hat eine Vereinbarung über die Wahlen nach den bisher beobachteten Prinzipien und unter Ausschluß der Parteisehden stattgefunden. An der Budget-Commission wird höchstwahrscheinlich das ganze Extraordinarium des ganzen Staatshaushaltsetats überwiesen werden, während man das Ordinarium im Plenum berathen will. Es wird von allen Seiten angenommen, daß sich das Material, welches dem Landtage vorgelegt worden ist, bis Ende Februar wird erlebigen, ein Zusammearbeiten des Landtages mit dem Reichstag, wenn auch nur auf wenige Tage beschränkt, sich nicht wird vermeiden lassen. — An neuen Vorauslagen ist dem Abgeordnetenhaus zugegangen der Gesetzentwurf über die Umzugskosten der Staatsbeamten, eine Angelegenheit, welche im

Transatlantische Fahrten der deutschen Kriegsflotte im Jahre 1876. I.

Das Jahr 1876 hat der deutschen Kriegsflotte, neben der Erfüllung ihres Friedensberufes zum Schutze von Handel und Schifffahrt, auch zum ersten Mal in größerem Maßstab Gelegenheit zum Auftreten als militärische Macht gegeben. Als im Frühjahr ein Conflict mit China drohte und es sich darum handelte, wichtige Culturinteressen gegen eine räuberische Küstenbevölkerung wirksam zu verteidigen, da wurden die auf den ostasiatischen Station verweilenden Kriegsfahrzeuge (die Corvetten "Hertha" und "Ariadne" und das Kanonenboot "Cyllop") bei Hongkong gesammelt, und die auf dem Wege dorthin befindlichen beiden Corvetten ("Vimeta" und "Louise") zum schnellen Eintreffen daselbst angewiesen. Gleichzeitig fand die Absendung eines besonders flachgehenden Kanonenbootes ("Nautilus") von Kiel statt. Als in Folge der blutigen That in Saloniki eine Bedrohung der dort lebenden Deutschen seitens der fanatisch erregten Bevölkerung zu befürchten war, verließ ein aus den größten und wehrlichsten Panzerschiffen gebildetes Geschwader die heimathlichen Küsten, um Leben und Eigenthum der bedrängten Reichsangehörigen unter den Schutz seiner Flagge zu nehmen, und den dortigen Glaubensgenossen Beistand gegen Bergewaltigung zu bringen. Die Verwicklungen auf beiden Schauspielen haben eine kriegerische Action nicht im Gefolge gehabt.

Um so vielseitiger war dagegen wiederum der auf allen Gebieten des Seewehrs eingefärmelte geistige Gewinn, den unsere tapferen und selblosen Seefahrer von ihren Reisen in die Ferne heimbrachten, und durch welchen es gelang, die Grenzen der nautischen Wissenschaften in Folge der zunehmenden Erkenntnis der wichtigeren Erscheinungen und Vorgänge auf den weiten Gebieten des Meeres und der Atmosphäre weiter zu rücken, und Führern Mannschaft und Schiff neue Hilfsmittel zu geben, dieselben tüchtig zu machen im Kampfe mit den entfesselten Naturgewalten.

Von den in den Gewässern Ostasiens seit dem vorigen Jahre stationirten Kriegsschiffen sind es ganz besonders die Corvetten "Hertha" und "Ariadne", die durch ihre Schicksale während des abgelaufenen Jahres das Interesse der wissenschaftlichen Forschung auf sich zogen, dem Handel und Verkehr neue Bahnen erschlossen und unbekannte Gebiete eröffneten. Die "Hertha" benutzte zunächst den Aufenthalt in den Meeren Japans dazu, um einem der in inneweiter Zeit entstandenen ostasiatischen Hafenplätze einen Besuch abzustatten.

Die von der Corvette angelauene Station war die südlich der Amur-Mündung gelegene Stadt Wladivostok, die seit dem Jahre 1870 zum Kriegshafen und Flotten-Etablissement erhoben ist. Dem Schiffsverkehr von Wladivostok leidet der Frost vom November bis März eine hemmende Fessel

an, und die Eisdecke, mit welcher derselbe die Hafeneinfahrt versperrt, bewirkt außerdem, daß die in den japanischen Meeren Havarie erleidenden europäischen Schiffe während jener Zeit vollständig von dem manche Hilfsmittel für die Seefahrt darbietenden Platz abgeschnitten sind. Von großer Bedeutung für den Handel ist die seit dem Jahre 1871 erfolgte Vollendung des submarinen Telegraphen nach Nagasaki und von dort nach Shanghai, so daß Wladivostok trotz seiner Abgelegenheit Drathverbindung mit Europa hat. Der ursprüngliche Plan, die Stadt zu einem größeren maritimen Platze zu machen, scheint in der letzten Zeit wieder aufgegeben worden zu sein, denn die Werftanlagen sind bis auf einige Schuppen zur Unterbringung der von Kronstadt dahin übergeführten Materialien und Kohlen und einige Werkstätten für Maschinen-Reparatur beschränkt geblieben. Der dort stationierte Theil der russischen Flotte besteht aus ungefähr 10 bis 12 kleinen U-Booten, Kanonenbooten und Transportfahrzeugen mit einer Equipage von 2500 Mann. Die Stadt ist unbedeutend, und das sibirische Hinterland bietet wenig Hilfsmittel. Alle Lebensbedürfnisse werden durch die vorhandenen laufmännischen Firmen, unter denen drei deutsche, eingeführt. Dagegen ist und bleibt Wladivostok ein Hauptausgangspunkt für den unauflöslich nach Süden fortschreitenden Culturzug, den Russland in die Steppen und Berge der Mandchurie zu lenken bestrebt ist. Durch seine Lage an der See ist es im Stande den zum Unterhalte und zur Verbindung zwischen den einzelnen Militärposten an der Küste nöthigen Nachschub zu liefern. Ebenso ist es mittelst seiner sonstigen Hilfsmitteln der Ausbreitung der Colonisation im Innern förderlich. Dieselbe hat jetzt ihre Hauptrichtung auf Korea, und wird plannmäßig und mit vielem Geschick geleitet. Von den alljährlich aus Russland nach Ost-Sibirien deportirten Frauen und Mädchen wird nämlich behufs Ansiedelung der menschenarmen, aber bodenreichen Länderstriche ein Theil auf die längs der Grenze stationirten Militärposten als Dienstmädchen, Wirthschafterinnen und sonstige Bedienstete gesandt — eine Maßregel, welche in vielen Fällen zu ehelichen Verbindungen mit den Beamten und der Mannschaft führt, die bei ihrem isolierten Leben einer Hausfrau bedürfen. Aus den von Zeit zu Zeit mehr nach Süden vorrückenden Stationen entstehen so Dörfer, die von russischen Familien bewohnt sind. Durch sie werden die Grenzen des russischen Volkstums weiter getragen, und nach kurzer Zeit überspannen ein Straßen- und Wegennetz, sowie gemeinsame Bauten und Einrichtungen das neugewonnene Land.

Der Handel von Wladivostok ist bei der noch geringen Production des Bodens sehr unbedeutend. Er beschränkt sich eigentlich nur auf die Einfuhr der Lebensbedürfnisse für die dünn gesäte Bevölkerung und den Import von Material für die

Wesen, 19. Jan. Die Einführung des Propstes Nowacki in Dobrik ist den dortigen Ultramontanen, wie der "Kuryer Poznanski" offen bekannt, ganz überraschend gekommen. Daher unterblieben auch alle bei solchen Gelegenheiten üblichen Demonstrationen. Es war ihnen nicht einmal möglich, das Sanctissimum aus der Kirche zu entfernen. Da der Vicar Sobieski gerade nach Wosen gereist war, so wurden die Schlüsse zur Kirche einfach aus der Propstei geholt und so konnte die Kirche dem neuen Propstei vom Landratsamtsverweser v. Nathusius-Orlomo übergeben werden. Letzterer hat noch, wie der "Kuryer Poznanski" berichtet, an den Vicar Sobieski unter den 16. d. M. einen Brief gerichtet, welcher in der Rückübersetzung lautet: "Ich beauftrage Sie, daß ich behufs Einführung des vom Herrn Oberpräsidenten zum hiesigen Propst augenblicklich bewohnten Stube in dem Propsteigebäude die zur Pfarrkirche gehörigen Kirchenbücher, Kirchensiegel und Kirchenschlüssel genommen und sie Herrn Nowacki laut der Verfügung der königlichen Regierung eingeändigt habe, ebenso den Schlüssel zu Ihrem Zimmer, welchen mir Ihre Wirthin gab. Die Schlüssel zur Kreuzkirche sind Sie verpflichtet, sogleich nach Ihrer Rückkehr dem Propst Nowacki zu übergeben, sich die Schlüssel zu Ihrer Stube auszubitten und sich ihm als Ihrem Vorgesetzten vorzustellen."

Wosen, 18. Januar. Die Deutschen in der diesseitigen Provinz haben allen Grund, Trauer anzulegen, denn nicht nur haben sie einen Reichstagsplatz an die Polen verloren (früher war das Verhältnis 5:10 jetzt ist es 4:11), sondern es sind auch ihre Minoritäten in den einzelnen Wahlbezirken gegen 1874 nicht unerheblich verminder worden. Die Ursache der betrübenden Erscheinung liegt nicht allzu fern. Zunächst sind in der diesmaligen Wahlcampagne die alten conservativen Elemente wie bei der Wahlvorbereitung so auch bei dem Wahlgange selbst mehr als zweckdienlich und sogar in den extremeren Formen hervorgetreten. Dadurch sind aber viele Deutsche arg verstimmt worden, und wenn diese Unzufriedenheit auch nicht zur Wahlteilnahme geführt hat, was jedoch in einzelnen Fällen auch vorgekommen sein mag, so wurde doch die Tätigkeit für die Wahl arg behindert, man glaubte sich nicht berechtigt, Rathschläge zu erheben, die man selbst nicht zweifellos aufstellen möchte. Das städtische Wahlcomité hier selbst hat viel mehr, vielleicht auch planvoller

gearbeitet als vordem und doch ist die Theilnahme der deutschen Wosen diesmal geringer gewesen als 1874. Es kann kaum bestritten werden, daß die äußeren Parteien, auf der einen Seite also die Alt- oder Neu- oder Deutsch-Conservativen oder die Agrarier — alles ist ein und dasselbe — auf der andern aber die Socialisten, Particularisten und die Ultramontanen den politischen Materialismus auf ihre Fahne geschrieben haben, der ebenso unfruchtbare ist als der religiöse und der wissenschaftliche und meist Hand in Hand mit ihnen geht, während die Mittelparteien, Fortschrittmänner und National-liberale, deren augenblicklicher fast kindlicher Hader bald vergessen sein wird, einzige und allein solche Richtungen verfolgen, bei denen eine conservative Regierung zum Wohle des Ganzen wie des Einzelnen, der Krone wie des Volkes bestehen kann. Es muß aber eine jede Regierung mehr oder minder conservativ sein, sei es, um nicht ihre Vorgängerin allzusehr verdrängen zu müssen, oder sei es, um durch Vermeidung eines sprunghaften Fortschreitens das allmäßige Besserwerden sicher zu stellen. Eine conservative Regierung, die rückwärts schaut, können wir deshalb nicht gebrauchen, wir müssen vorwärts und den Versuch einer liberalen Verwaltung und Gesetzgebung einmal gründlich durchmachen. Politische Klugheit gebot also selbst conservativen Männern eine liberale Wahl. Nun kommt bei uns noch das polnische Element in Frage. Wir müssen deutsch wählen, klingt es von allen Seiten, und da das selbstverständlich ist, so glaubt man das Mittel entbehren zu können, durch welches jedermann zur Theilnahme an der Wahlagitation gezwungen wird. Da liegt der Irrthum. Die Parteistandpunkte müssen auch im deutschen Bevölkerungskreise zum Austrage kommen, und es ist nicht uneben, wenn mehrere Wahlcomités diese verschiedenen Standpunkte vertreten; schließlich findet dann die Einigung aller Deutschen auf Grund der Mehrzahl statt, in Folge des leichten Kampfes ist aber politische Bildung und politische Thätigkeit in eminentester Weise gefördert worden. Wenn endlich wie bei uns sich Deutsche und Polen in fast gleicher Zahl gegenüberstehen, dann kann man nur durch permanente Arbeit Erroberungen machen, Vollständige Constitution der Bezirks-, Kreis- und Local-Comités ist nothwendig ebensowohl wie beständige Arbeit in politischer Weise zur Weckung der Geister und Durcharbeitung der leitenden Ideen und Gedanken. Alle diese unmaßgeblichen Anschauungen haben dem hiesigen Wahlcomité vorgelegen, man hat aber nicht geglaubt, sich streng an

Marine-Etablissements. Von den bisher angestrebten industriellen Unternehmungen ist nur eine zu bezeichnen, welche wenigstens von der unmittelbaren Verwertung am Ort unabhängig ist. Eine deutsche ostasiatische Handelsgesellschaft hat nämlich im Verein mit einer amerikanisch-russischen Firma Goldwäschereien ins Leben gerufen, deren Rentabilität allerdings noch nicht die Probe bestanden hat. Im Jahre 1872 liefen 18 Schiffe mit zusammen 2789 Tonnen Gehalt, darunter 6 deutsche mit 962 Tonnen, in Wladivostok ein. Im Jahre 1875 löschen 34 Schiffe mit zusammen 12 724 Tonnen (darunter 11 deutsche mit 4229 Tonnen) im Hafen von Wladivostok. Die durch die vorhandenen laufmännischen Firmen im Orte hervorgerufene Concurrenz reicht für die Bevölkerung aus, trotzdem, daß namentlich die Deutschen gute Geschäfte zu machen scheinen.

An die vor vier Jahren begonnene Einrichtung der Marinestation von Wladivostok knüpften sich damals russischerseits große Erwartungen. Man glaubte darin die Entstehung eines großen Kriegshafens und Handelsplatzes und damit die Gründung aller noch unerschlossenen Hilfssquellen eines ausgedehnten Hinterlandes und eines noch verhältnismäßig neuen und unbetretenen Handelsweges mit Sicherheit erblicken zu dürfen. Die wenigen seitdem verlorenen Jahre haben diese Erwartungen vollkommen vernichtet. Alles Anschein nach hat Wladivostok vorläufig seinen Höhepunkt erreicht. Es ist nichts als eine schon halb wieder aufgegebene Marinestation auf dem russischen Groberbergzuge nach Süden, welche, wie die Russen im Geheimen hoffen, wohl in nicht allzu ferner Zeit gegen eine, besonders klimatisch günstiger gelegene, sei es an der Koreanischen Küste oder auf der schönen japanischen Insel Tsushima, vertransponiert werden wird. Aller an die Eröffnung und Entwicklung eines neuen Länderegebietes für den Handel geknüpften und jetzt aufgegebenen Erwartungen ungeachtet bleibt die russische Erwerbungspolitik im sjetigen und plannmäßigem Fortschreiten nach Süden, d. h. zunächst nach den chinesischen Küstenplätzen, sowie über die den letzteren zu Gebote stehenden maritimen Hilfsmittel; außerdem galt es bei derselben der Untersuchung und Feststellung der Frage: ob sich deutsche Reichsangehörige unter den Bewohnern der dortigen Colonien befinden, und in welcher Weise eventuell den Handels- und Erwerbsinteressen derselben Kräftigung verliehen werden könnte.

Es war bei dem Reichtum an Untiefen und Inseln namentlich für ein Schiff mit großem Tiefgang eine anstrengende und schwierige Fahrt durch diese wenig besuchten und belasteten Theile des Oceans. Nach fünf Tagen stürmischer Fahrt von Yokohama aus kamen zuerst die Bonin-Inseln in Sicht, obgleich die Ansegelung durch widrigen Wind erschwert war. Diese etwa 360 Seemeilen von Nipon entfernte südlich derselben liegende Gruppe trägt ihrem Bau nach unverkennbar den Charakter des Eruptionsgesteins, mit steil aus der See zur Höhe von 3—400 Metern aufsteigenden, oft überhängenden, zerrißenen und schwarzen Felswänden, deren Gipfel mit dichtem Pflanzenwuchs bedeckt sind. Auch die in Port Lloyd, dem Haupt-Hafen der Inselgruppe, befindlichen Ansiedlungen mildern nicht die Wildheit dieser Scenerie, weil die wenigen Hütten der einzelnen Ansiedler hinter Bäumen und Gebüsch unsichtbar bleiben. Diese Ansiedler gehören allen Nationalitäten an, und bewohnen Port Lloyd. Abgesehen von der zwischen den Colonisten bestehenden Einigkeit, ergibt sich eine weitere Gemeinsamkeit unter ihnen dadurch, daß ihre Frauen sämtlich von der einen oder der anderen Inselgruppe des nördlichen großen Oceans herkommen, die Nachkommenschaft sich daher ziemlich gleich und die Familienhäupter ohne Ausnahme frühere Seefahrer sind.

das damit gegebene Programm halten zu müssen, und ist die Bern-Luzerner Bahn dem Staate hat namentlich die politischen Parteien bunt durch einander geworfen und damit denn auch das Ziel erreicht — nicht vorwärts, sondern rückwärts geschritten zu sein. Man wird noch mehr rückwärts schreiten, wenn man sich nicht zu den angegebenen Grundsätzen offen und ehrlich befreit, oder wenn, was auch zu befürchten steht, tonangebende Verwaltungskreise denselben mit bekannten bürokratischen Mitteln entgegen arbeiten. Wir bedürfen aber deutscher Wahlen zum Zeichen, daß stabile Verhältnisse bei uns eingetreten sind, woraus denn auch die Förderung unserer materiellen Interessen sich von selbst ergeben muß.

Straßburg, 16. Jan. Der Ausfall der Wahlen im Reichslande wird selbst für diejenigen ein überraschender gewesen sein, die eine ruhige Entwicklung dieses eigenartigen Gemeinwesens unter steter Bedrohung der Landesinfassungen herbeiwünschen. Neberrathend, weil unmittelbar vor den Wahlen manches geschehen, was geeignet war, ein minder günstiges Ergebnis herbeizuführen, wie z. B. die Ersetzung des Bürgermeisters Bezançon in Mez durch einen Commissar. Allein selbst in Mez hat der Gemeinderath die Bahn des unfruchtbaren Protestes nicht beschritten, welche seiner Zeit der Straßburger Gemeinderath einschlug, er tagt vielmehr weiter, und wenn das Zusammensetzen des Commissars und der Versammlung aller Wahrscheinlichkeit nach auch kein angenehmes Verhältnis für die Beteiligten schafft, so wird doch selbst in Mez damit eine Handhabe zu gemeinsamer Behandlung der Gemeinde-Angelegenheiten geboten, über welche sich die dortige Regierung, die übrigens dem ausscheidenden Bürgermeister die Anerkennung für seine Amtsführung nicht vorenthalten hat, nur freuen kann. Unter den lothringischen Abgeordneten finden sich die beiden früheren Abel und Germain wieder, Bezançon und Jaunay sind neu hinzutreten. Im Ober-Elsäss ist die bisherige clericale Vertretung bei ihren drei Vertretern geblieben, ihre beiden Collegen Dolfus und Grad aber sind nicht zu verwechseln mit den Protestkandidaten vom Jahre 1874; Dolfus, ein bewährter Praktiker aus dem früheren Corps législatif, der sich über sein Programm sehr schweigend verhalten hat, Grad in Colmar, ein Mitarbeiter des „Journal d'Alsace“, neigt in seiner Bürgerlichkeit zu allem andern eher, als zum unthätigen Protest. Im Unter-Elsäss aber hat der Protest und die clericale Vertretung der elsässischen Partei Platz machen müssen, welche bis dahin im Landesausschuss und den Bezirkstagen sich der öffentlichen Angelegenheiten angenommen hat. Von sechs Sitzen sind ihr fünf zugefallen, der sechste Kandidat ist seiner ganzen Stellung nach noch minder klar, doch ist er gegen einen ultramontanen Mitbewerber gewählt worden, und auch das besagt, daß er nicht in den Bund des Protestes und der Clericalen hineingehört. Wir können zu diesem Ergebnis dem Lande wider der Regierung nur Glück wünschen: diese Wahl ist ein entscheidender Schritt auf einer Bahn, auf welcher es keine Umkehr gibt, sie bedeutet die entscheidende Trennung des Landes und seiner Hauptstadt von dem clericalem Protest gegen die Zusammengehörigkeit mit Deutschland.

Schweiz.

Bern, 15. Januar. Nachdem das Bundesgericht auch den zweiten Protest der Berner Regierung, betreffend die Zulassung der neu gebildeten Bern-Luzerner Bahn-Gesellschaft zu dem heutigen Steigerungszeitpunkt abgewiesen, hat der selbe nun heute Nachmittag wirklich stattgefunden

Das nächste Reiseziel bildeten alsdann die Marianen- oder Ladronen-Inseln, südlich der Bonin-Inseln. Der erste Aufenthalt wurde auf der nördlichen derselben, Farallan de Pajaros, und zwar zum Zweck einiger astronomischer und magnetischer Beobachtungen behufs Feststellung geographischer Längenbestimmungen genommen. Unregelmäßige und vielseitige Beobachtungen ein Feld darbietend war der Besuch auf der zweitwichtigsten Insel der Marianen, Saipan genannt. Dieselbe wurde zu Anfang der vierziger Jahre von den Bewohnern der Carolinen bevölkert, welchen sie das spanische Gouvernement zum Wohnsitz überließ. Die heute etwa 700 Seelen starke Einwohnerschaft Saipans gehört daher zum größeren Theil diesem Menschenstock an; sie besteht aber auch das deportirten Verbrechern und einem Militär-Detachement.

Nach Saipan erreichte man die Rhede von Aganna, den Hauptsitz des Gouvernements der Marianen und Hauptort der größten Insel Guam. Sie ist die ansehnlichste und wichtigste Insel der Marianen, 27 Seemeilen lang, bei einer Breite von 9 Meilen in ihrer südlichen und 5 Meilen in der nördlichen Hälfte derselben. Entgegen den hohen steilen und kleineren nördlichen Inseln der Marianen ist Guam, wie auch Saipan, von Korallenriffen eingefaßt, hauptsächlich an den Stellen, wo die Küste flach in die See tritt. Aganna, der vorher genannte Hafen, ist ein gut erhaltenes Dorf mit etwa 300 Hütten und Häusern von nahezu 3000 Einwohnern bewohnt.

Die Bevölkerung der Insel, deren Boden von zahlreichen Bächen und Wasserläufen durchzogen und mit reichem Pflanzenwuchs gesäumt ist, besteht neben der ungefähr 460 Mann starken Garnison und den ihrer Bewachung unterstellten 340 Verbrechern aus etwa 5000 Chamorras. Diese letzteren sind die allerdings bereits stark mit anglo-sächsischem und spanischem Blut vermischten Reste der zu jener Zeit sehr zahlreichen Bevölkerung der Marianen. Sie sind ganz entgegen den vielfach über sie verbreiteten Angaben, weder träge noch beschränkt Verstandes. Der Eindruck, den die groß und stark gebauten Leute von heller Gesichtsfarbe (ein helles Rothlich-gelb, ähnlich der Haut der Chinesen), rötlich blondem Haar und blauen Augen machen, bestätigte diese Angaben. In der Unterhaltung zeigten sie ein bescheidenes, aber dabei selbstbewußtes Wesen, völlige Fertigkeit im Gebrauch der spanischen Sprache und eine genaue Kenntnis von den erschütterten sozialen und politischen Zuständen des Mutterlandes. Mit Bitterkeit beurteilten sie viele Regierungsmäßigkeiten, und beklagten sich namentlich über die Anlegung der ihren Wohlstand und Besitz bedrohenden Verbrecherkolonie. Die Marianen haben nur zweimal jährlich Verbindung mit den Philippinen, sind ohne jede Schiffahrt und Handel und werden am häufigsten von russischen und amerikanischen

Bern, wie bereits telegraphisch gemeldet, für 847000 Fr. zugeschlagen worden. Die große Theilnahme, welche man in Bern dieser Angelegenheit schenkt, beweist das zahlreiche Publikum, welches dem heutigen Steigerungsacte bewohnt, und darf man aus dem Bravo, mit welchem das selbe den Zuschlag begrüßt, einen Schluss ziehen, so wird dieser Ankaufsumme auch nicht die Rati-fication des Großen Rathe und des Volkes fehlen, welche freilich noch nothwendig ist, um das Geschäft gültig zu machen. Der Gotthard-

tunnel hat im Dezember an beiden Mündungen

185,5 Meter Fortschritte gemacht und stand Ende vorigen Jahres auf 7436,1 Meter im Richtstollen, also 53,9 Meter weniger als die Hälfte der Gesamtlänge. Nach dem ursprünglichen Arbeitsprogramm sollte der Tunnel jetzt um 2266 Meter länger sein. — Die Simplonbahn-Gesellschaft hat eine Anleihe von 3 Mill. Fr. abgeschlossen und will dieses Geld zur Vollendung der Bahn bis an den Fuß des Simplon gebrauchen. — Im Canton Zürich hat das Volk seit 1869, als die neue hochdemokratische Verfassung in's Leben trat, über 1 Gesetzvorlagen abgestimmt und von diesen nur 11 abgelehnt, 40 dagegen meistens mit starker Mehrheit angenommen. Im Ganzen wetteifert das Volk hier mit seinen Behörden in Intelligenz. — Dem Winterthur „Landboten“ wird aus Genf berichtet: „Wir haben hier unsern Spielderhandel in allerliebster Aussicht. Ein Savoyarde, der sich Benoit de la Corbière nannte, that sich als Bantier auf. Die solide Handelswelt von Genf würdigte ihn keiner Beachtung, sondern taxierte ihn von vornherein als einen Schwinger. Anders die hochwürdige Geistlichkeit unter dem milden Hirtenstab Mermillod's. Diese protegierte den Mann, der begreiflich an Frömmigkeit seines Gleichen suchte, und lenkte die Ersparnisse ihrer Schafe und Schäfchen, soweit sie sich nicht selber damit befriedete, in die Kasse des Herrn Benoit. Auch die Hochwürdigen selber ließen sich von den hohen Zinsen blenden und verwahrten einen Theil ihrer irischen Habe dafelbst. So soll der Bischof von Hebron, der fromme Einsiedler von Ferney (Mermillod) etwa 20000 Fr. dort angelegt haben. Meister Benoit aber verspielte an der Börse geistliches und weltliches Geld ohne Unterschied und fiel endlich in den Concurs mit einer Schuldenlast von rund 800000 Fr. Da er aber auch die Titel seiner Clienten, in deren Besitz er zu gelangen wußte, ohne deren Wissen verkauft und versezt hat, so überließ er sich selber der Polizei. Eine Menge von armen Teufeln ist unter gefülliger Mitwirkung der ehrwürdigen Schwarzdröde um Hab' und Gut gekommen und doch werden es noch nicht die letzten Opfer sein, die dem römischen Göttin zum Opfer fallen.“ Der fromme Benoit ist eine Miniaturausgabe von dem belgischen Millionenschwindler Langrand-Dumonceau, welcher es auf die „Christianisierung des Capitals“ abgesehen hatte. — Seit Wochen haben wir keinen Winter, sondern Frühlingsflora, Schmetterlinge und Maikäfer; auch die Bienen schwärmen schon. Leider bemüht sich auch das englische Sprichwort: „grüne Weihnachten, voller Friedhof“: besonders unter den Kindern richten Scharlach, Krampfhusen und Bräune große Verheerungen an.

Frankreich.

+++ Paris, 17. Jan. Die „République Française“ widmet heute den deutschen Parteizuständen und den soeben stattgehabten Reichstagswahlen einen längeren Artikel, der für Ihre

Leser von Interesse sein dürfte. „Chemals“ schreibt das Blatt, „kämpften die deutschen Liberalen“ unter der Devise „Einigkeit durch Freiheit.“ Seit 1866 hat sich aber Alles geändert; der Satz ist umgedreht, die Freiheit ist in eine ebenso unbestimmte als ferne Zukunft verbannt worden und man beschäftigt sich nur noch mit der Einigkeit, müßte man auch zu dem Zweck der Politik des Eisens und des Blutes blindlings folgen und sich der Sklaverei des monarchischen Preußens unterwerfen. Im deutschen Parlament findet man nur Parteien, von denen die einen jeden Augenblick bereit sind, sich vor dem Willen eines allmächtigen Ministers zu beugen, während die andern sich ihm nur widersetzen, um entweder eine der Civilisation und der modernen Gesellschaft widersprechende Sache oder eine jener utopischen Ideen zu verteidigen, die mit der wahren Freiheit ganz und gar nichts zu thun haben. Die Wahlen zur neuen Legislaturperiode des Reichstages, die soeben stattgefunden haben, werden allem Anschein nach eine wesentliche Veränderung in der gegenwärtigen Situation hervorrufen. In keinem Falle wird die Sache der Freiheit dabei etwas gewinnen. Die Fortschrittspartei, welche trotz ihrer zahlreichen Niederlagen und ihrer nur zu oft wiederkehrenden Nachgiebigkeit der Politik des Reichskanzlers gegenüber ihre wahre Freiheit erkannt hatte, zählt jetzt nur 18 erwählte Mitglieder, eine viel zu kleine Zahl im Vergleich mit der mächtigen Phalange der Nationalliberalen, die in einer numerischen Stärke von 95 in das Parlament einzutreten. Diese hat die Geschichte bereits gerichtet. Absolute Prinzipienlosigkeit, Auferkennung der eigenen Würde, Unterwürfigkeit der Militärmacht und der Regierung gegenüber bilden die unterscheidende Charakteristik einer Partei, welche unter dem Namen des Nationalliberalismus die Rechte und Freiheiten der Nation dem Idol preußischer Centralisation geopfert hat. Mehr als jemals zuvor hat diese Partei alle und jede Unabhängigkeit verloren und ist zum bloßen Schatten einer Parteiorganisation herabgesunken. Man lese nur die deutschen ministeriellen Blätter, man höre nur, wie sie wegen der Wahl von 10 Socialisten die Alarmglocke erklingen lassen, die rothe Fahne des Socialismus in Berlin bereits flattern sehen und die Nationalliberalen beschwören, sich mit den Conservativen zu vereinen, um die drohende Gefahr abzumunden. Die offenen regierungsfreundlichen Blätter, wie die „Norddeutsche Zeitung“, fordern sie ganz freimüthig auf, sich der Rechten zu zuwenden, während die Organe eines Pseudo-Liberalismus, wie die „National-Zeitung“, von der Bildung einer großen liberalen Partei träumen, welche durch Nachgiebigkeit bei allen Forderungen der Regierung die gegenwärtigen wohlgeordneten Zustände zu erhalten berufen sein würde. Man darf wohl kaum Anstand nehmen, es geradezu auszusprechen, daß der Liberalismus seine Stätte mehr in Deutschland hat, und daß Herr Sonnenmann sehr recht gehabt hat, sich von einem fruchtbaren Kampfe zurückzuziehen, bei dem keine Vorberen zu erringen gewesen wären. Die Macht des Fürsten Bismarck scheint jetzt unbeschränkter zu sein als jemals vorher; er steht an der Spitze einer geschlossenen, wohl disciplinierten Majorität, deren Gros die Nationalliberalen bilden, während er nur eine unzusammenhängende Minorität gegen sich hat, in welcher Socialisten und Fortschrittsler im Bündnis mit Ultramontanen und einigen kleinen Special-Gruppen zu gering an Zahl sind, um irgend

ein Gegengewicht gegen seine Politik in die Wagschale legen zu können. Deshalb können wir nur wiederholen, daß in der inneren Lage Deutschlands keine Änderung eingetreten ist, mit der einzigen Ausnahme vielleicht, daß der Sache der Freiheit in Deutschland tiefere und schmerzhaftere Wunden geschlagen worden sind als bisher. Man wird sich anstrengen, energisch an dem Aufbau des einzigen Deutschlands zu arbeiten, ohne sich jemals dabei um die Freiheit zu kümmern“.

Italien.

Rom, 15. Jan. Während der Tage, an denen die Vertheidiger der „Gazetta d'Italia“ vor dem Tribunale in Florenz ihre Plaidoyers hielten, war kein Publikum erschienen, es hatte sich aber am vergangenen Sonnabend sehr zahlreich eingefunden, um die Anwälte Nicotera's reden zu hören. Der Doctor Luciani, der Advocat und Senator Rossi aus Salerno, der Advocat Paoloella und der Advocat Berio aus Genua beleuchteten die von der „Gazetta d'Italia“ begangenen Schändlichkeiten und den Privatcharakter Nicotera's, der in seiner Eigenschaft als Bürger beleidigt sei, während die Gegner zu beweisen suchten, daß er als Minister sich beleidigt gefühlt und deshalb der Gazette den Prozeß gemacht habe. Rossi, der den Baron Nicotera von Jugend an kennt, gab eine kurze Beschreibung seines Lebens und protestierte gegen die von der Gazette gegen ihn verbreiteten Verleumdungen im Namen der Stadt Palermo, Paoloella that dies im Namen der ganzen Provinz Calabrien, Berio im Namen der Stadt Genua. Die „Nazione“ erzählte, daß der Letztere, besonders das Auditorium enthusiastisch und bei seinem Heraustritten aus dem Audienzaal von einer großen Menge Menschen begrüßt worden, nachdem er den Richtern zugrunen: „Das öffentliche Bewußtsein Italiens und Europas erwartet von Ihnen, daß Sie einem Manne, der die Würde seines Namens Ihrem Schutz anvertraut hat, die Reinheit seiner beleidigten Ehre wiederherstellen werden.“ Während auch die „Libertà“ das Gesetz zur Verhütung des Missbrauchs der priesterlichen Gewalt gleich der „Opinione“ und der „Perseveranza“ tadelte, veröffentlichte der bekannte Beschützer der freireligiösen, d. h. altkatholischen Gemeinden, Marquis Guerreri Gonzaga, der sich sonst an den constitutionellen Consorten hält, im „Diritto“ — dem Organ des Ministerpräsidenten — er sei zwar ein Freund derselben, aber dennoch glaube er, das Parlament könne ohne Bedenken jenes Gesetz annehmen, er billige es, und in Unbetracht, daß unter den früheren Ministerien ähnliche Projekte beabsichtigt gewesen, sei es gar nicht der Mühe wert, je so viel Geschrei deshalb zu machen, er billige es durchaus, bedauere aber, daß es eine große Lücke habe, die nämlich, daß Geistliche nicht auch bestraft werden, welche ihr Amt missbrauchen, indem sie Brautpaare trauen, die vorher nicht durch einen Civilact verbunden sind. In Frankreich existiere bereits ein solches Gesetz. Der Marquis fragt: „Verstoßen die Priester, welche dergleichen Trauungen vornehmen, nicht auch gegen die Moral? Begehen sie nicht Angriffe gegen die Familie?“ Der Marquis wünscht nicht, daß politische Rücksichten auf die Gesetze ihre Wirkung äußern und dies mit vollem Recht, nur hätte er wohlgethan, diese Frage anzurufen und für die liberale Erledigung derselben zu kämpfen, zur Zeit, als die Partei, der er angehört, noch am Nüder war. Er weiß aber recht wohl, daß die Familienverhältnisse des Königs, der mit der Gräfin Mirafiori nur priesterlich getraut ist, auch den jetzigen Räthen es fast unmöglich

Eine starke Militärmacht ist und bleibt daher auch ein unbedingtes Erforderniß zur Aufrethaltung der spanischen Autorität; mit ihr verbündet, wirkt im besten Einvernehmen die rasche Thätigkeit der Geistlichkeit, jetzt dem Orden Jesu angehörend.

Zu einem Aufstand in den Philippinen bedarf es anscheinend nur einer geringen Organisation der Massen und eines leisen Anstoßes; bei den Bewohnern Luzons und Mindanao's kann derselbe auf kräftige Unterstützung rechnen.

Von den Marianen wandte sich das Schiff nach den Carolinen. Die Inseln des westlichen Theils dieses Archipels sind ohne Ausnahme flache Korallen-Inseln, d. h. Inseln, welche allmählich durch die zwischen den bis zur Oberfläche empor gewachsenen Korallen bestehenden Zwischenräume mit Sand und später Erde entstanden sind. Nur die Insel Yap, welche in ihrer Formation der Palau-Gruppe mehr gleicht, macht hier eine Ausnahme. Seltener krönt nur eine derart niedrige Insel die oberste Spize der Korallenbank, welche alsdann jene als Riff noch mehr oder weniger weit umgibt. Gewöhnlich liegen auf den ringsförmig entstehenden Koralleninseln mehrere Inseln kreisförmig einen Kessel mit tieferem Wasser umschließend. Abgesehen von der höheren und größeren Insel Yap, gleichen sich die einzelnen Carolinen in Gestalt und Zusammensetzung. Auch die Größe ist meist dieselbe, bei 1,5 Seemeilen Breite sind sie 2—4 Seemeilen lang.

Der nackte und unwegsame Korallenboden wird nach der Mitte der Inseln hin durch Sand und Erde überdeckt. Während die dem Wind und dem Meersalz mehr ausgesetzte Osthälfte der Inseln hauptsächlich mit großen Mangle-Bäumen und verschiedenen Cacteen bestanden ist, bilden die Kokos-Palme, der Brodfruchtbaum und eine Banane den schattigen Wald der westlichen Seite, in dessen Schutz die Hütten der Eingeborenen auf Pfählen und in der Nähe des Strandes erbaut sind. Hier verweht auch bereits häufig dichtes Unterholz und hoher Bambus das Eindringen. Auf allen Inseln derselbe üppige Pflanzenwuchs in der gleichen Vertheilung, welcher mit seinem frischen Grün, ringsumher bis zum Strand reichend, sich scharf von dem weißen Sand oder dem glänzenden Schaum der ewig gegen die Riffe der Küste angeschlagenden Brandung abhebt. Während des Sommers werden die flachen Inseln durch die westlichen Stürme und Orkane überflutet. Die Männer flüchten sich dann in die Bäume, während die Weiber und Kinder sich an den Stämmen festbinden lassen und bisweilen mit eigenen Augen die Zertrümmerung ihrer Häuser ansehen müssen. Die Larvorpalme, die Kokos-Palme, die Brod-Frucht, die Banane, vor allem die fischreiche See, liefern ihnen die Nahrung; als sichtbare Wirkung eines Seeverkehrs tritt mitunter der Luxus von Geflügel und Vieh hinzu. Die Einwohner sind harmlos, gutmütig und fleißig, von röhlicher, auch von

chocoladebrauner Farbe, theils heller, theils dunkler schattiert.

Überraschend ist die angetroffene Verschiedenheit der Gesichtsbildung und des stets üppigen schwarzen Kopfhaars. Erstere geht von dem ausdrucksvoollen, selbst schönen, laufasischen Schnitt herab zu dem wilh häßlichen Ausdruck der Malayen und dem brutalen der Neger. Das Auge ist groß und ausdrucksvooll, die Kleidung so einfach wie möglich, die Männer tragen ein Band um den Leib und neben einem Schmuck von grünen Kränen und Baumrindestreifen hauptsächlich nur Ohrringe, Armbänder und Nasenringe und die Frauen einen von der Hüfte bis zum Knie reichenden Rock von Bambusstäben. Jede Insel der Gruppe hat ihren besonderen Häuptling, welcher an der Art und dem vermeintlichen Maße der Tätowierung erkennlich ist. Auf der Insel Yap, die bisher eine durch den Einfluß der Weißen allerdings jetzt im Erlöschen begriffene Art von Oberhoheit über die sämtlichen anderen Inseln des westlichen Archipels ausübte, welch' letztere auch sämlich einen kleinen jährlichen Tribut dorthin entrichteten, sind die Häftlinge und deren Familienlieder an einer weißen Muschel kenntlich, welche an einem der Handgelenke wie eine Manschette getragen wird.

Die Fahrt der „Hedda“ im westlichen und mittleren Theile des Carolinen-Archipels und der Besuch der zu denselben gehörenden kleinen Inselgruppen (Istalik, Enduby, Lamotred-Inseln) ergab, daß deutsche Ansiedler auf denselben nicht angekommen waren, dagegen wurden einzelne Engländer gefunden, welche Handelsagenten eines deutschen Hauses waren und das Fleisch der Cocos-Nuss gegen Waffen, Geräthe und Kleidungsstücke eintauchten. Die Insel Yap ist die größte der West-Carolinen. Mit ihrem Korallenriffen und Anhängseln nimmt sie eine Länge von mehr als 20 Seemeilen ein bei einer Breite von fünf solcher Meilen. Die buchtenreiche Küstenlinie täuscht den Besucher, und erkennt in ihr die Vorstellung, daß es drei verschiedene Inseltheile sind, welche ein Ganzes bilden. In der nördlichen gebirgigen Hälfte dichter Mangle-Wald mit starken Bäumen den Strand; der tropische Baumwuchs reicht bis nahe zum Gipfel der höchsten Spitzen heran. Die südliche Hälfte ist flach, und es ragt dort nur die Cocos-Palme über das gewöhnliche Unterholz hervor. Kolra und Trepang sind die Ausfuhr- und Tauscharkte, gegen welche Waffen und Handwerkzeug geboten werden. Ackerbau wird, obgleich der Boden sehr empfänglich, nur wenig getrieben. Die Insulaner sind sehr ehelich und harmlos. Die Streng, mit der sie das Unrecht bestrafen, welches Angehörige ihrer Stämme begehen, beweist, daß in ihnen ein lebendiges Rechtsgefühl lebt.

machen, die Initiative zu ergreifen, und die bezeichnete Lücke in jenem Gesetz auszufüllen.

Dänemark.

Kopenhagen, 17. Januar. Das Folketing hat die Überschreitung der Haushaltssumme für das Theater mit 297 086 Kronen mit 64 gegen 23 St. nicht zu genehmigen beschlossen.

Russland.

Nach dem Beispiel des kaukasischen Adels soll auch der südrussische Adel gekonnt sein, und zwar zumeist beritten, zu bilden. Im Ganzen sollen 2 Infanterie- und 4 Cavallerie-Druschen à 1000 Mann formiert werden. Außer diesen "Dworanski Družini" will man auch, gleichfalls nach dem Beispiel im Kaukasus, "Narodni Družini" (Volks-Druschen) anwerben. In den großrussischen Gouvernements dürfte der Andrang der Freiwilligen ein großer werden.

Amerika.

Philadelphia, 14. Januar. Es soll ge- gründete Aussicht vorhanden sein, daß die Congress-Comitis in Betreff der Wahlstreitigkeiten ein Auskunftsmitte zum Ausgleich zu Stande bringen. Dieselben hielten am Freitag und Sonnabend ver- einige Sitzungen, und man glaubt, daß sie in einigen Tagen ihren Plan fertig haben werden. Der Entwurf röhrt von dem Senats-Comite her und ist von Mr. Conkling ausgearbeitet worden. Mr. Edmunds schloß sich den Demokraten an. Später stimmten denselben, obwohl ungern, Mr. Morton und Mr. Frelinghuysen bei. Als auf diese Weise das Senats-Comite im Wesentlichen eingeworfen war, berief man Freitags eine gemischte Ver- sammlung, in welcher dem Repräsentantenhaus-Comite der Plan vorgelegt wurde. Der Entwurf beantragt: Wo gegen irgend ein Votum in irgend einem Staate protestiert wird, in welchem bloß ein Wahlbericht vorhanden ist, beschließt unter Zustim- mung beider Häuser der Congress den Ausschluß des Votums. In Betreff der Staaten, aus welchen doppelte Wahlberichte (votums) eintreffen, soll ein specielles, aus einer gleichen Anzahl von Senatoren, Repräsentanten und Mitgliedern des obersten Gerichtshofes bestehendes Tribunal gebildet werden. Die Zahl der Mitglieder und der Wahlmodus für dieselben ist noch nicht festgesetzt. Ursprünglich sollten ein oder mehrere Congressmitglieder und ein Richter mehr, als nötig ist, gewählt werden. Später sollte einer derselben durchs Voto aus- scheiden. Die Oberrichter sollen nach ihrem Dienstalter gewählt werden. Das Tribunal dürfte 13 oder 15 Mitglieder zählen und endgültig entscheiden.

Der Erzbischof von Newyork, Cardinal Mac Closkey, hat dem Papste die Anzeige gemacht, daß er gegen den 8. oder 10. Mai mit einer aus etwa tausend Mann bestehenden amerikanischen Wallfahrer-Gesellschaft in Rom eintreffen werde.

Afien.

Persien. Aus Teheran schreibt man der "Pall Mall Gazette": Während der letzten Monate hat Persien viel zur Verbesserung seiner Armee gethan. In den hiesigen Arsenalen werden jetzt 200 alte Kanonen in gezogene verändert und einige neue fabriert. Die Truppen werden fortwährend geübt, es finden häufige Artillerie-

Übungen statt, in den Hauptstädten sollen Militärschulen eröffnet werden, ein ganzes Regiment soll im Ingenieurfache unterrichtet und unter das Commando eines europäischen Offiziers gestellt und die Festungswerke von Teheran vervollständigt werden. Es heißt auch, daß die 10 000 alten Chassepoten, die in den hiesigen Magazinen liegen, in Fusils Gras verändert werden sollen. Der Shah besucht häufig die Exercierplätze, während die Truppen exercieren. Er beschäftigt sich mit der Artillerie und inspicte neulich sämtliche Geschütze; er wohnt den Schießübungen bei, verschafft sich Information, ertheilt Befehle für Verbesserungen u. s. w. Hussein Khan geht energisch zu Werke für militärische Reformen und ist in Alem des Schahs rechte Hand.

Danzig, 20. Januar.

* Der in Danzig seit einigen Jahren mit großer Heftigkeit auftretende Wohnungsmangel, der insbesondere auf die öffentlichen Gefundheits-Verhältnisse nachtheilig wirken muß, hat bereits mehrfach den hiesigen Localbehörden wie der öffentlichen Discusion Veranlassung geboten, darauf hinzuweisen, daß namentlich die Militärbehörde als großer Fabrikherr eine dringende moralische Verpflichtung hat, zur Beseitung dieser Verhältnisse durch Erbauung von Arbeiters-Wohnungen und durch Erleichterung der fortificatorischen Vorrichtungen, so weit dies irgend zulässig ist, beizutragen. Wie wir zu unserer Freude berichten können, sind diese Vorstellungen bei der Reichs-Militär- und Marine-Berwaltung geneigt, mit der Erbauung von Arbeiter-Duettieren für einen Theil ihres ständigen Personals vorzugehen, wenn ihr geeignete Bauplätze nachgewiesen werden. Der Kriegsminister soll ferner noch in diesen Tagen seine Genehmigung vorzulegen. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unterstützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorzulegen ist. — Durch Beschuß der Provinzial-Berwaltung ist die Berwaltung der behufs Unter- stützung des Gemeindebaues im hiesigen Kreise für denselben repartirten Summe pro 1877/78 im Betrage von 3562 M. dem Kreisausschüsse übertragen, an welchen sich diejenigen Kreisgefeßelten verhandeln, das dem nächsten Kreistage zur

Die heute vollzogene Verlobung unserer Tochter Anna mit dem Kaufmann Hrn. Herrmann Lederer beeindruckt uns starker besonderen Meldung ergeben zu anzeigen.

Danzig, den 19. Januar 1877.
Alexander Prina und Frau.

Gestern Abend 6 Uhr entschlief nach langem, schweren Leiden meine liebe gute Frau, unsere unvergessliche Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Mathilde Janzen,

geb. Ficht,

im 52. Lebensjahr.
Dieses zeigen tief betrübt an

Carl Janzen

nebst Tochter

Danzig, den 19. Januar 1877.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der zur Aufertigung von ca. 1000 Quadrat-Meter Klopfplaster erforderlichen Abmessungen von Eichen- oder Kiefernholz zum Fußboden einer Werkstatt soll in Submission vergeben werden.

Lieferungssoforten sind versiegelt mit der Aufschrift "Submission auf Lieferung von Klopfplaster" bis zu dem am 31. Januar cr. Mittags 12 Uhr im Bureau der unterzeichneten Werke übertraumten Termine einzurichten.

Die Lieferungsbedingungen, welche auf portofreie Anträge gegen Erstattung der Kopienabschriftlich mitgetheilt werden, liegen nebst den näheren Bedarfsangaben im Bureau zur Einsicht aus.

Danzig, den 16. Januar 1877.

Kaiserliche Werft.

Comtoir

von

H. Wilke,

Zangenmarkt 18, part.

Das höchste Gut

ist die Gesundheit. Das führt ein Jeder vornehmlich dann, wenn er krank ist, d. h. wenn die Funktionen seines Körpers gestört sind. Die meisten Störungen des menschlichen Organismus werden nun durch die unterbrochene Thätigkeit des Magens und des Blutes hervorgerufen und können im Entstehen leicht besiegt werden, während die Vernachlässigung oft zu langwieriger, schmerzvoller Krankheit führt. Versäume deshalb niemand, dem seine Gesundheit werth ist, gleich bei den geringsten Magenbeschwerden Mittel zur Hebung derselben anzuwenden. Als ein solches hat sich seit 16 Jahren der R. F. Daubitz'sche Magenbitter (zubereitet von dem Apotheker R. F. Daubitz, Neuenburgerstr. 28) bewährt, der Hunderttausende von Personen bereits ein schneller und stets zuverlässiger Helfer gewesen ist, und der deshalb in jedem Haushalt vorrätig sein sollte.

Aus den jüngst eingelaufenen Dankschriften weisen wir nachstehend einige mit:

Meine hämorrhoidalischen Leiden, verbunden mit Verdauungschwäche, Appetitlosigkeit und Obstruktion, haben sich durch den Gebrauch des R. F. Daubitz'schen Magenbitters (zubereitet von dem Apotheker R. F. Daubitz, Neuenburgerstr. 28) so bedeutend verringert, besonders Appetit und Verdauung gebessert, daß ich mich verpflichtet fühle, allen ähnlich Leidenden diesen vorzüchlichen Magenbitter zu empfehlen und dem Erfinder desselben öffentlich zu danken.

Görlitz, den 21. December 1876.

von Knobelsdorf,

Major a. D.

Der Wahrheit die Ehre!

Jahrelang beim Kaufmann Herrn G. G. Frantz hier, als Gast verkehrend, tranken wir Unterzeichneter, fortwährend an Appetitlosigkeit und Magenkatharrh Leidende, den R. F. Daubitz'schen Magenbitter, der uns so vorzügliche Dienste geleistet hat, daß wir vollständig von diesem Uebel befreit sind. Da uns andere Hilfe von unserem Leiden nicht boten konnte, so wählten wir es für unsere Pflicht, dieses wirkliche gute Getränk allen unseren Mitmenschen warm zu empfehlen.

Cottbus, den 19. December 1876.

Oscar Saenger,

Emil Engler,

Locomotivführer an der Berlin-Görlitzer Bahn.

Herrn R. F. Daubitz,

Berlin, Neuenburgerstr. 28.

Mit Vergnügentheile Ihnen mit, daß Ihr Magenbitter mir treffliche Dienste geleistet hat. Auch viele Andere haben mir dasselbe versichert. Ich zähle zu meinen festen Abnehmern Herrn Mittmeister Kochlik von hier, Hopfenhändler August Zippel und Lehrer Nöstel aus Deutschhöhe, ebenso Frau Lehrer Dziebowka aus Sonnen, welche alle mit dem Magenbitter sehr zufrieden sind. Nachstens.

Bentschen, den 21. December 1876.

Hochachtungsvoll

A. Fellner.

Warnung vor Fälschung.

Beim Einkauf des echten R. F. Daubitz'schen Magenbitter wolle man genau darauf achten, daß jede Flasche mit einer, den Fabrikstempel tragenden Bleiflasche versehen, auf der Rückseite die eingearbeitete Firma R. F. Daubitz, Berlin, hat, das Etiquette in unterster Reihe das Namens-Facsimile des Erfinders Apothekers R. F. Daubitz trägt, und gefaßt ist in den amontierten autorisierten Niederschriften. Jede Bleiflasche trägt außer der Daubitz'schen Firma noch in feinsten Perlschrift die Fabrikfirma des Fabrikanten der Bleiflasche: Louis Vetter in Schneidung.

Niederlagen in Danzig bei Albert Neumann, G. Börner, Hotel zum Kronprinzen.

Sandhof, den 15. Januar 1877.

Die beabsichtigte Übertragung der Polizei-Verwaltung Sandhofs nach Marienburg und die noch verschleierte Incommunalisierung der Bahnhöfe und eines Theiles der Gemeinde Sandhof nach genannter Stadt betreffend.

Der Landrat des Kreises Marienburg

an
Herrn Gemeinde-Vorsteher Toe ws
in Sandhof.

Nach § 65 der Provinzial-Ordnung vom 29. Juni 1875 ist es zulässig, daß ländliche Gemeindebezirke, welche unmittelbar an die Feldmark einer Stadt grenzen, bezüglich der Verwaltung der Polizei nach Anhörung der Beteiligten und des Kreistages mit dem Bezirk der Stadt vereinigt werden, sofern dieses im öffentlichen Interesse notwendig ist. Findet die Vereinigung statt, so scheiden die ländlichen Gemeindebezirke aus dem Amtsbezirk, dem sie bis dahin angehört haben, aus. Zu den Kosten der städtischen Polizei-Verwaltung haben sie einen Beitrag zu leisten, der in Ernungung einer Einigung unter den Beteiligten von dem Bezirksrat, resp. dem Provinzialrat, festgesetzt wird.

Ich veranlaße Sie, die Gemeinde Sandhof hierüber zu hören und mir das über ihre Erklärung aufzunehmende Protokoll mit dem Vorladungs-Dokumente binnen 14 Tagen einzuzenden.

Zugleich verweise ich auf die Verhandlungen, welche vor einigen Jahren die Incommunalisierung des Bahnhofes und der demselben begrenzenden Grundstücke nach der Stadt Marienburg zum Gegenstand gehabt haben.

Angesichts der Gefahr, durch welche die Stadtgemeinde Marienburg die Selbstständigkeit der benachbarten Landgemeinde Sandhof bedroht, dürfte der letztern behutsam Abwehr gestattet sein, in folgenden Zeilen den ganzen Sachverhalt wahrheitsgetreu zu beleuchten:

Jeder der beiden in den Gemarken der Landgemeinde Sandhof belegenen Bahnhöfe führt die Bezeichnung "Marienburg", wie leicht denkbar, in der Absicht, dem reisenden Publikum den nächstgrößten Ort als Station anzugeben. Hierzu wurde die Landgemeinde Sandhof seitens der Königl. Direction der Ostbahn f. B. ersucht, die erforderliche Genehmigung zu ertheilen, und wohl Niemandem kam es damals in den Sinn, zu denken, daß die Stadtgemeinde Marienburg hieraus in späterer Zeit für sich ein Recht herleiten könnte, noch werde.

Eine Reihe von Jahren verließ, ohne daß die Stadtgemeinde Marienburg irgend welches Wünsche in Bezug auf den in Sandhof belegenen Bahnhof verlangt hätte. Erst als andere Städte das Recht der kommunalen Besteuerung der in den Grenzen dieser Städte belegenen Bahnhöfe zu erstreiten unternommen, begann auch Marienburg (seit Anfang der sechziger Jahre) um den nicht in ihren Grenzen gelegenen Bahnhof sich zu bemühen.

Die zu diesem Zweck bei dem Königl. Landratsamt eingeleiteten Verhandlungen führten indes zu dem für Marienburg so wünschenswerthen Resultate nicht, wodurch wurde und wird noch der Friede der Bewohner Sandhofs durch die ihnen drohenden Gefahren gefährdet. Denn es bedarf wohl kaum des Hinweises auf die materielle Schädigung einer schuldenfreien Landcommune durch das Hineinziehen in eine schuldenbelastete Stadtcommune, deren Communalabgaben 250 p. ct. der Staatssteuer betragen, abgesehen von den gar nicht zu beschreibenden Unzuträglichkeiten, durch welche der auf freie Bewegung notwendig angewesene Ackerwirth durch städtische Verwaltung behindert oder gar ruiniert wird; denn wie kann die Stadtcommune ein Verständniß für die Interessen der Landcommune haben, welche sich bereits der Wohlthaten der neuen Kreisordnung erfreut, während die Städte noch in ihren alten unzulänglichen Verfassungen geblieben sind?

Ein neuer Plan ist nun von der Stadt Marienburg, nachdem ihr die Incommunalisierung der Bahnhöfe und der umliegenden Besitzungen nicht gelungen ist, dadurch eingeleitet, daß sie zunächst die Polizei-Verwaltung über Sandhof an sich zu bringen strebt, und zwar unter dem Vorzeuge, daß "das öffentliche Interesse" dies erforder-

Wie sehr ein anderes Motiv diesem Streben zu Grunde liegt, wie nur allein die verlockende Aussicht auf Besteuerung der Bahnhöfe und der anwohnenden, wohlhabenderen Klassen Sandhofs, den leeren Stadtsäckel zu füllen, maßgebend sind, sieht jeder ein, welchem die öffentliche Sicherheit Sandhofs und der Bahnhöfe bekannt ist, und wie wenig eine städtische Polizei, welche alle Hände voll mit der Un Sicherheit ihrer Straßen und Plätze zu thun hat, die öffentliche Sicherheit so fern gelegener Punkte zu garantiren vermögt.

Ihr wohl bekannt und durch die weitere Entwicklung der Zeitverhältnisse geboten, ist der Commune Sandhof es Wicht gewesen, die Umgebung der Bahnhöfe und die zu diesen führenden Straßen sicher zu stellen, zumal in neuester Zeit Bagabonden aus der Stadt Marienburg zahlreich die Bahnhöfe umschwärmen. Sie hat, abgesehen davon, daß die Bahnhofspolizei durch ihre eigenen Beamten wahrgenommen wird, einen besonderen Sicherheitsbeamten für obige Zwecke angestellt, welchen in letzter Zeit auch noch der Amtsdienner assistiert; sie wird auch in Zukunft kein Opfer scheuen, durch Ausstellung neuer Sicherheitsbeamten den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen, so daß sie sich von jedem Vorwurf frei weiß, zumal ihren Bemühungen, einen besonderen Gendarman in Sandhof stationirt zu sehen, der Erfolg zugesichert ist.

Wenn nun die Stadt Marienburg sich bemüht, die Polizei-Verwaltung über Sandhof unter dem Vorwande, dies erforderne "das öffentliche Interesse", an sich zu bringen, während sie selbst es ist, deren Bagabonden sie im Raum zu halten außer Stande sich befindet, so leuchtet jedem Unbefangenen es ein, daß die Phrase "öffentliche Interesse" nur vorgeschoben ist, und daß die Absicht der Besteuerung dahinter lautet.

Fühlte sich die Stadt Marienburg wirklich bewusst, durch ordentliche Handhabung der Polizeigewalt Sicherheit auch außerhalb ihrer Grenze zu schaffen, so war ihr hierzu ein wirkliches Feld in dem Stadtdorf Hoppenbruch geboten, dessen Zustände eine dauernd verschärzte Polizei-Aufsicht erfordern, und dessen polizeiliche Unterstellung zu der Stadt Marienburg lange gewährt hat.

Naum war jedoch die neue Kreisordnung erlassen, als Marienburg sich beeilte, die Polizei-Verwaltung über Hoppenbruch von sich abzuwälzen, so daß Letztere dem neu gebildeten Amtsbezirk Liebenhal-Hoppenbruch-Sandhof" übertragen werden mußte, und zwar gegen Wunsch und Willen der Gemeinde Hoppenbruch.

An dieser Thatstheit ist recht ersichtlich, daß nicht das vorgeschoben "öffentliche Interesse", sondern andere und versteckte Motive zu Grunde liegen, wenn mindestens die Stadt Marienburg sich gedrungen fühlt, die Polizei-Verwaltung über Sandhof an sich zu bringen; denn Hoppenbruch (mit seinen wenigen Beisitern) ist bekanntlich eine blutarme, von zahlreichen arbeitsfähigen Individuen bewohnte Commune, während Sandhof in öffentlich gesicherten Zuständen sich einer gewissen Wohlhabenheit erfreut, und daher als verlockendes Steuerobjekt leider die begehrlichen Blicke der Stadt-Commune auf sich geogen hat.

Warum sollte man einer finanziell bedrängten Stadt die Bewahrung aus ihrer Noth nicht gönnen, wenn sich dieser fromme Wunsch ausführen ließe ohne Schädigung eines Dritten?

Wie aber schon oben angegeben, werden die in Sandhof ansässigen und zu incommunalisirenden Landbesitzer nicht allein geschädigt durch Wertverminderung ihres Grundbesitzes, durch die Höhe der städtischen Communal-Steuer, sowie durch die Verarbeitung der ihnen zustehenden Freiheiten und Selbstständigkeit, sondern es würde auch der andere, nach Marienburg nicht incommunalisierte Theil Sandhofs, bestehend aus dem geschlossenen, fast nur von Arbeitern bewohnten Dorfe und einigen umliegenden Bestämmen, in seinem Bestande und in seiner Leistungsfähigkeit für Schule und sonstige erhebliche communale Erfordernisse erschüttert werden, und dies kann doch das öffentliche Interesse" nicht verlangen, welches es einseitig von der interessierten Stadt Marienburg betont wird?

So wenig also dem Wohl der Stadt Marienburg entgegnetretten werden soll, darf doch das Mittel, welches die Stadt anwendet, aus ihrer finanziellen Verlegenheit errettet zu werden, in diesem Falle von keinem Rechtsdenken gebilligt werden.

Stützt sich die Stadt Marienburg in ihren Bemühungen gleichdarter Weise auf den § 65 der Provinzial-Ordnung vom 29. Juni 1875, nach welchem die Incommunalisierung einer Stadt nahe gelegenen ländlichen Ortschaft nach dieser Stadt ausführbar ist, wenn dies im öffentlichen Interesse" geboten erscheint, und ist im Vorgeragtem die Unhaltbarkeit dieser Behauptung für Sandhof nachgewiesen, so nimmt es wahrlich Wunder, wie leichtfertig die Selbstständigkeit einer alten Landcommune, mit einer Seelenzahl vor über 600, welche bereits z. B. des polnischen Regiments, also auch vor Emanation des Allgemeinen Land-Rechts, eine geschlossene Commune mit Schulzen-Amt war, deren Lebensfähigkeit und Pflichterfüllung allen öffentlichen Anforderungen und ihren inneren Angelegenheiten gegenüber eine ganze Reihe von Jahrhunderten hindurch unzweifelhaft gewesen und noch ist, angefaßt und in Frage gestellt werden darf? deren Bewohner nicht duldeten, daß öffentliche Schulden entstanden, während jetzt ein Theil dieser schuldenfreien Commune zum Vortheil einer benachbarten, überstuldeten städtischen Commune das Opfer werden soll, weil erste darbte und sparte, während letztere über ihre Kraft hinausging?

Ein unglicher Kampf ist es, wenn einfache Landlente sich einer städtischen Behörde erwähren müssen. Letztere wirkt intensiv-amlich, und hat Einfluss, während der einfache Landbewohner, unbekannt mit den Mitteln und Wegen amtlicher Bemühungen, nur das einfache und natürliche Recht in seiner Brust fühlt, die Offenheitlichkeit notgedrungen wählt, um, wenn möglich, auch den gegnerischen Theil zu veranlassen, mit geistigem Würz für seine Auseinandersetzungen aufzutreten: um ferner den zuständigen, vorgefaßten Behörden und Personen, welche berufen sind, dem Unrecht abzuwenden, unverholen und wahrheitsgetreu die Verhältnisse zu schildern, wie es hiermit geschiehen ist, damit einer Neberrumpelung, wie sie oft von gegnerischer Seite befürchtet wird, vorgebeugt werde.

Die Landgemeinde Sandhof getrostet sich der Hoffnung, daß sie im Geiste höchststehender Personen handelt, wenn sie, nicht ohne zwingende Gründe, die Offenheitlichkeit beschreitet.

Sie erinnert sich gern der Aussprüche eines Fürsten Bismarck, welcher in den Städten des Landes Heil nicht erblickte, eines Ministers Friedenthal; welcher die um eine städtische Verfassung vorstelligen Einwohner des Marktflecks Tegelhof dahin deutete: „die Tegelhöfe mögen sich vor solchem Uebel bewahren.“

Sie hofft ebenso obzufügen, wie das Neuteicher Stadtfeld, welches den erdrückenden

Umräumungen seitens des Magistrats Neuteich glücklich sich erwährt hat; sie hält es im öffentlichen Interesse des Staats für geboten, daß eine so alte, selbstständige, an Seelenzahl

die Tieghöfe nicht sein darf, daß der Stadt Marienburg ein für alle Mal von maßgebender Stelle

das Unzulässige ihres Verlangens bedeutet, den Bewohnern Sandhofs die so lange er-

schüttete Ruhe wiedergegeben werde.

Sandhof, den 15. Januar 1877.

Der Gemeinde-Vorsteher Toe ws

an

Herrn Gemeinde-Vorsteher Toe ws

in Sandhof.

Den 15. Januar 1877.

Der Landrat des Kreises Marienburg

an

Herrn Gemeinde-Vorsteher Toe ws

in Sandhof.

Den 15. Januar 1877.

Der Landrat des Kreises Marienburg

an

Herrn Gemeinde-Vorsteher Toe ws

in Sandhof.

Den 15. Januar 1877.

Der Landrat des Kreises Marienburg

an

Herrn Gemeinde-Vorsteher Toe ws

in Sandhof.

Den 15. Januar 1877.

Der Landrat des Kreises Marienburg

an

Herrn Gemeinde-Vorsteher Toe ws

in Sandhof.

Den 15. Januar 1877.

Der Landrat des Kreises Marienburg

an